

Wahlperiode 2019/2020

15.05.2019

Antrag

der Fraktionen CampusGrün, SDS*, Liste LINKS und harte zeiten – junge sozialisten

Zum gewaltsamen Tod am UKE: Nie wieder!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Am 21. April 2019 wurde unser Kommilitone William Tonou-Mbobda Opfer eines gewalttätigen Angriffs von Sicherheitskräften im UKE und so schwer misshandelt, dass er am 26. April an den Folgen starb. Dabei gingen die Angreifer mit einer enthemmten Brutalität vor, die offenkundig rassistisch motiviert war.

William kam aus Kamerun und studierte BWL an der Uni Hamburg. Er hatte sich freiwillig in die Psychiatrie des UKE begeben, um Hilfe zu erhalten. Mit der Begründung, er habe die ihm verordneten Medikamente zwangsweise einzunehmen und solle in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen werden, wurde William von Securitys des UKE im Außenbereich des Klinikgeländes ergriffen und mit Gewalt fixiert. Diese haben ihn nach Augenzeugenberichten geschlagen, getreten, mit Knien traktiert und gewürgt. Die Behandlung war so grausam, dass er im Anschluss nie wieder zu Bewusstsein kam. Mutige Patient_innen, Zeug_innen, riefen die Polizei - nicht das Personal des Krankenhauses.

Das UKE gesteht in seinen offiziellen Stellungnahmen bis heute keinen Fehler ein, sondern versucht fortgesetzt, William als aggressiv zu stigmatisieren, um das Agieren der Ärzt_innen und des Sicherheitspersonals zu rechtfertigen.

Wir sind bestürzt über den Tod von William und sprechen den hinterbliebenen Freund_innen und der Familie unser Mitgefühl aus.

Die Universität Hamburg und sein Universitätsklinikum fordern wir zur lückenlosen Aufklärung auf.

Universität, UKE und ermittelnde Polizei stehen dabei auch in der Verantwortung, mit Transparenz und Ehrlichkeit dafür Sorge zu tragen, dass Patient_innen, die sich der Psychiatrie im UKE anvertraut haben und insbesondere die Augenzeugen des Angriffs, begründet Vertrauen (wieder-)gewinnen können, dass zu ihrem Wohl gehandelt wird.

Die Ergebnisse der umfassenden Aufklärung und die Erkenntnisse über Ursachen dieses Vorfalls müssen hochschulöffentlich bekanntgegeben werden!

Auf dieser Grundlage sind gemeinsam Schlussfolgerung dafür zu erarbeiten, dass sich ein solcher Vorfall nie wieder ereignet.

Dabei sind unter anderem die folgenden Fragen analytisch zu vertiefen und zu klären:

- Wie können Zwangsmaßnahmen wie Fixierung und Verabreichung von Medikamenten gegen den Willen der Patient_innen überwunden werden?
- Wie können die Tabuisierung von psychischen Erkrankungen und die Stigmatisierung und Diskriminierung von Hilfesuchenden und Patient_innen gebrochen werden?
- Wie können die Arbeitsbedingungen von Ärzt_innen, Pflegepersonal und allen Mitarbeiter_innen sozial und kulturell zur Stärkung einer humanistischen, anteilnehmenden und sorgfältigen Gesundheitsversorgung verbessert werden?
- Wie können die Privatisierung, Kommerzialisierung und Ausgliederung von Klinik- und Wissenschaftsaufgaben rückgängig gemacht werden, damit diese in die demokratische Kontrolle und Selbstverwaltung der öffentlichen Einrichtung zurückgeführt werden?
- Wie können Zivilcourage und institutionelle Verantwortung für eine offensive Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus und anderen menschenfeindlichen Positionen auch in der Belegschaft und Mitgliedschaft von UKE und Universität gestärkt werden?
- Wie kann ein egalitäres Menschenbild in der Medizin und allen Wissenschaften in Theorie und Praxis umfassend entwickelt und verwirklicht werden?

Als Verfasste Studierendenschaft wollen wir zur positiven Beantwortung dieser Fragen engagiert beitragen.

Hamburg, den 15. Mai 2019

gez. Gunhild Berdal